

Presseinformation

Koalitionsvertrag für mehr Chancengerechtigkeit: Sachsen-Anhalt stärkt ökonomische Bildung

Düsseldorf, 18. August 2021 – CDU, SPD und FDP in Sachsen-Anhalt bekennen sich in ihrem Entwurf für einen Koalitionsvertrag zur Stärkung der ökonomischen Bildung. Diese sei wie die Demokratiebildung ein wichtiger „Bestandteil, um die Jugend von heute angemessen auf die Herausforderungen von morgen im Rahmen eines eigenständigen und selbstbestimmten Lebens und gesellschaftlicher Teilhabe vorzubereiten.“

„Faktoren wie der Klimawandel und die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft erfordern enorme transformatorische Anstrengungen, bei denen es auf die Mitwirkung jedes Einzelnen ankommt. Dabei sind ökonomische Kompetenzen in der Breite der Bevölkerung ein entscheidender Aspekt. Daher freuen wir uns sehr, dass die zukünftigen Koalitionspartner in Sachsen-Anhalt die Bedeutung der ökonomischen Bildung für die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit erkannt haben“, erklärt **Sven Schumann**, Co-Vorsitzender des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland.

Die im Frühjahr veröffentlichte [OeBiX-Studie](#) des Instituts für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg im Auftrag der Flossbach von Storch Stiftung hatte Sachsen-Anhalt im Bereich der ökonomischen Bildung Nachholbedarf attestiert.

„Mit dem Koalitionsvertrag wird ökonomische Bildung in Sachsen-Anhalt fest in der politischen Agenda verankert. Mit dieser wichtigen Entscheidung werden die jüngeren Generationen im Sinne von Fachwissen und Kompetenzen sowie Chancengerechtigkeit und Teilhabe gefördert. Dies sollte als Beispiel für andere Bundesländer dienen. Im nächsten Schritt kommt es natürlich auf die konkrete Umsetzung an“, so **Verena von Hugo**, Co-Vorsitzende des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland.

Auch **Jürgen Böhm**, Vorstand des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland, Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR) und Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbands (DL), begrüßt die Entwicklung in Sachsen-Anhalt. „Es ist richtig und wichtig, dass Sachsen-Anhalt diesen Schritt geht und mit dem Koalitionsvertrag eine politische Basis für die Stärkung der ökonomischen Bildung schafft. Die Grundlagen ökonomischer Bildung müssen heute allen Schülerinnen und Schülern vermittelt werden. Nun gilt es, die Weichen für eine erfolgreiche Umsetzung zu stellen.“

Für diese konkrete Umsetzung spricht **Dirk Loerwald**, Vorstand des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg eine konkrete Empfehlung aus: „Im Entwurf des Koalitionsvertrags wird angekündigt, ein Fach „Wirtschaft, Demokratie, Recht“ implementieren zu wollen. Damit gäbe es zu den aktuell fast 50 verschiedenen Fachbezeichnungen in Deutschland noch eine Weitere – mit der Folge, dass das Fächerspektrum für die ökonomische Bildung noch heterogener würde. Daher sollte das Fach aus unserer Sicht „Wirtschaft/Politik“, wie beispielsweise auch in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen oder Nordrhein-Westfalen, oder „Wirtschaft und Recht“, wie in Bayern, heißen. Wichtig ist darüber hinaus, dass in solchen Doppelfächern eine hinreichende Verankerung der ökonomischen Bildung sichergestellt wird. Dazu gehören eine mindestens gleiche Gewichtung der ökonomischen Inhalte im Vergleich zu dem anderen Fachgebiet, mindestens aber 200 Stunden für ökonomische Inhalte in der Sek. I, eine feste Verankerung im Fächerkanon der gymnasialen Oberstufe (inkl. Berücksichtigung im Zentralabitur) und eine durch wirtschaftsdidaktische Professuren verantwortete professionelle Lehrkräfteausbildung.“

Über das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) ist eine gemeinnützige Initiative von Lehrkräften, Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft. Es setzt sich für eine Verankerung ökonomischer Bildung in allen weiterführenden Schulen in Deutschland ein – in angemessenem Umfang, auf fundierte und objektive Weise vermittelt und verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler. Dazu macht sich die Initiative für eine bessere fachbezogene Qualifizierung der Lehrkräfte stark und vernetzt alle relevanten Akteure der ökonomischen Bildung in Deutschland untereinander. Aktuell unterstützen mehr als 70 überwiegend institutionelle Mitglieder das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland.

Internet und Hashtags

boeb.net

#BOEB_NET
#ökonomischeBildung

Pressekontakt

Sonja Kehr
Pressesprecherin
E-Mail: presse@boeb.net
Telefon: 0 211 – 385 85 99